

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2014



der
Land

Stadtsparkasse Rheine
Nordrhein-Westfalen

	EUR	EUR	EUR	31.12.2013 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		7.901.296,56		8.829
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		9.347.363,91		7.687
			17.248.660,47	16.516
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		25.510.286,54		73.528
b) andere Forderungen		162.332.372,27		101.943
			187.842.658,81	175.471
			713.036.236,21	703.306
4. Forderungen an Kunden				
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	430.721.057,46 EUR			(427.347)
Kommunkalkredite	9.726.100,65 EUR			(6.537)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
		0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	36.073.279,96			20.681
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	36.073.279,96 EUR			(20.681)
bb) von anderen Emittenten	205.477.431,44			212.168
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	205.477.431,44 EUR			(212.168)
		241.550.711,40		232.850
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00		0
Nennbetrag	0,00 EUR			(0)
			241.550.711,40	232.850
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
6a. Handelsbestand				
			158.461.218,29	142.937
			0,00	0
7. Beteiligungen				
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				
darunter:			1,00	0
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR			(0)
9. Treuhandvermögen				
darunter:			9.893,54	11
Treuhandkredite	9.893,54 EUR			(11)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				
			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		46.722,00		66
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			46.722,00	66
12. Sachanlagen			7.282.218,53	7.509
13. Sonstige Vermögensgegenstände			1.217.755,88	1.159
14. Rechnungsabgrenzungsposten			358.817,03	589
Summe der Aktiva			1.341.140.044,16	1.289.932

	EUR	EUR	EUR	31.12.2013 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1.858,49		7
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		349.834.409,05		327.354
			349.836.267,54	327.361
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	304.583.845,97			282.754
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	5.273.750,89			2.979
		309.857.596,86		285.733
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	377.582.803,16			397.071
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	147.484.748,02			133.030
		525.067.551,18		530.101
			834.925.148,04	815.834
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
			0,00	0
3a. Handelsbestand				
4. Treuhandverbindlichkeiten			9.893,54	11
darunter:				
Treuhandkredite	9.893,54 EUR			(11)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			475.966,36	647
6. Rechnungsabgrenzungsposten			589.278,40	891
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		9.445.504,00		8.102
b) Steuerrückstellungen		1.512.434,88		576
c) andere Rückstellungen		3.531.798,82		3.982
			14.489.737,70	12.660
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			85.950.000,00	77.900
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	52.474.777,37			52.250
cb) andere Rücklagen	1.539.493,21			1.539
		54.014.270,58		53.790
d) Bilanzgewinn		849.482,00		838
			54.863.752,58	54.628
Summe der Passiva			1.341.140.044,16	1.289.932
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		17.398.351,93		17.999
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			17.398.351,93	17.999
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		33.953.295,47		36.858
			33.953.295,47	36.858

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2013 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	33.133.878,60			34.315
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	6.493.089,97			6.930
		39.626.968,57		41.245
		15.049.298,94		18.092
2. Zinsaufwendungen				
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	460.867,94 EUR			(481)
			24.577.669,63	23.153
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.481.220,12		4.200
b) Beteiligungen		368.107,80		350
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			4.849.327,92	4.550
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		5.909.099,35		5.572
6. Provisionsaufwendungen		465.857,72		367
			5.443.241,63	5.204
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			563.612,82	605
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
			35.433.852,00	33.513
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	9.597.595,25			8.982
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	3.859.089,41			2.879
	2.139.630,07 EUR			(1.152)
		13.456.684,66		11.861
b) andere Verwaltungsaufwendungen		5.312.356,69		5.365
			18.769.041,35	17.226
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			889.520,59	787
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			189.688,05	214
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		820.170,67		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		35.520
			820.170,67	35.520
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		1.015.500,00		346
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			1.015.500,00	346
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			8.050.000,00	44.816
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			5.699.931,34	5.645
20. Außerordentliche Erträge	0,00			0
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00			0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		4.799.074,45		4.755
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		51.374,89		51
			4.850.449,34	4.806
25. Jahresüberschuss			849.482,00	838
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			849.482,00	838
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) aus anderen Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
			849.482,00	838
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) in andere Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			849.482,00	838

Anhang

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig über die vereinbarte gesamte Darlehenslaufzeit bzw. auf die Dauer der Festzinsvereinbarung verteilt.

Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen, die dem Geldanlagezweck dienen, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip). Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, werden ebenfalls zu den Anschaffungskosten bzw. zu den fortgeführten Buchwerten angesetzt; Abschreibungen werden nur dann vorgenommen, wenn der beizulegende Wert voraussichtlich dauerhaft unter dem letzten Buchwert bzw. den Anschaffungskosten lag ("gemildertes Niederstwertprinzip"). Dadurch konnten ergebniswirksame Abschreibungen von TEUR 8 vermieden werden.

Wir haben unsere Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen. Die Märkte für wesentliche Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands waren zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. Für die Bewertung haben wir auf die von den Börsen zum Jahresende veröffentlichten Kurse abgestellt. Diese haben wir auf der Grundlage der zum Bewertungsstichtag marktüblichen Renditen und Credit Spreads mit Hilfe des in unserer Wertpapierverwaltungsanwendung SimCorpDimension enthaltenen finanzmathematischen Rechenkerns einer Plausibilitätskontrolle unterzogen. Die damit ermittelten Werte wichen unter Berücksichtigung der jeweiligen Ausstattungsmerkmale nicht nennenswert von den in unserem System eingestellten Kursen ab.

Für die an einem aktiven Markt gehandelten Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag verwendet.

Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen können. Bei der Bewertung unserer Wertpapiere haben wir die Anforderungen aus dem Rechnungslegungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) e. V. "Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB" (IDW RH HFA 1.014) beachtet.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden grundsätzlich als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Liegen die Voraussetzungen für eine einheitliche Bewertung nicht vor, werden die strukturierten Finanzinstrumente für Zwecke der Bewertung in ihre Bestandteile zerlegt.

Strukturierte Wertpapiere

Am Bilanzstichtag halten wir EUR 128,3 Mio (Nominalwerte) strukturierte Wertpapiere im Bestand, die hinsichtlich ihrer Verzinsung besondere Ausstattungsmerkmale aufweisen.

Strukturierte Schuldscheindarlehen

Wir halten am Bilanzstichtag EUR 131,0 Mio (Nominalwerte) strukturierte Schuldscheindarlehen im Bestand. Die kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen weisen im Vergleich zu nicht strukturierten Finanzinstrumenten hinsichtlich ihrer Verzinsung, ihrer Laufzeit und/oder ihrer Rückzahlung besondere Ausstattungsmerkmale auf. Im Falle einer dauerhaften Zinslosigkeit erfolgt eine Abzinsung dieser Zinsstrukturen.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung von Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die Gebäude werden grundsätzlich linear abgeschrieben. Für das Hauptstellen- und zwei Geschäftstellengebäude wird die degressive Abschreibung fortgeführt.

Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bzw. als die für Gebäude geltende Abschreibungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die bisherigen Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Bestehen die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Laufzeit bzw. die Dauer der Festzinsvereinbarung planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Ersterfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Beihilfen werden mit einem einer Restlaufzeit von 15 Jahren entsprechenden Rechnungszins von 4,66 % abgezinst. Bei den Pensionsrückstellungen werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 % unterstellt. Tarifsteigerungen nach TVöD werden berücksichtigt. Diese Parameter haben sich auch auf die Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen ausgewirkt.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes, des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen mit 2,0 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu drei Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit der einzelnen Verträge entsprechenden Zinssatz.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfangs bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlusstichtagen oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden in der betroffenen GuV-Position ausgewiesen.

Bewertung des Bankbuchs

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Betrags- und Laufzeitinkongruenzen werden zum Abschlussstichtag fiktiv durch Forward-Geschäfte geschlossen. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen werden, werden saldiert in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen ausgewiesen. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf fremde Währung lauten, werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt jeweils TEUR 13.

Aus der Währungsumrechnung ergeben sich einschließlich realisierter Erträge bzw. Aufwendungen Sonstige betriebliche Erträge von TEUR 7.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Helaba, Frankfurt am Main, als Girozentrale sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	83.031	120.998
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-

Wertpapiere

Die in den folgenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere sind nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt aufzuteilen:

	insgesamt TEUR	börsen notiert TEUR	nicht börsennotiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	241.551	241.551	-
davon: wie Anlagevermögen bewertet	(10.085)	(10.085)	(-)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	158.461	-	158.461

Bei dem wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapier handelt es sich um eine Emission eines Kreditinstituts.

Finanzinstrumente im Finanzanlagevermögen

Finanzinstrumente, die auch wie Anlagevermögen behandelt werden, sind in dem folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Buchwert *)	10.000	41.874
beizulegender Wert	9.992	41.060

*) ohne anteilige Zinsen

Wir haben auf eine Bewertung dieser Wertpapiere zum niedrigeren beizulegenden Wert verzichtet, weil die Zweckbestimmung dieser Wertpapierbestände, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, im Vordergrund steht und eine Rückzahlung zu pari zu erwarten ist.

Finanzanlagevermögen

	Buchwert	
	31.12.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	128.004	104.452
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	23.785	13.487
Beteiligungen	14.085	9.520
Sonstige Vermögensgegenstände	8	8

Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht. Die Fortführung der Anschaffungskosten ist daher nicht möglich.

Anteile am Sondervermögen

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB):

Investmentfonds (in Mio EUR)	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüttungen in 2014	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen
Rheine Fonds	134,7	147,1	12,4	4,2	Ja	Nein

Die Anteile an Investmentvermögen sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Zweck der Anlage in Investmentfonds ist die Erzielung einer überdurchschnittlichen Performance bei gleichzeitiger Risikostreuung. Der Investmentfonds investiert überwiegend in Unternehmensschuldverschreibungen aber auch in Bank- und Staatsanleihen, für die regelmäßig ein Rating im Investment Grade vorhanden ist. Neben der jährlichen Ausschüttung der laufenden Erträge sind teilweise im Fonds enthaltene Gewinne i.H.v. EUR 1,0 Mio durch Verkauf von Anteilen und anschließendem Rückerwerb realisiert worden.

Entwicklung des Sachanlagevermögens im Geschäftsjahr 2014 (in TEUR)

	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen in 2014	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.14	Buchwert 31.12.13
1. Immaterielle Anlagewerte	643	21	-	(40)	616	47	67
2. Sachanlagen							
a) Grundstücke und Bauten	21.113	-	-	(416)	15.207	5.906	6.322
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.754	623	374	(433)	9.626	1.377	1.187
3. Sonstige Vermögensgegenstände	47	-	-	(-)	-	47	47

Die Sachanlagen entfallen mit TEUR 5.904 auf Grundstücke und Bauten, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
Aktivseite		
Disagio aus Verbindlichkeiten	313	540
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	61	64

Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Sparkasse Rheine ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung sind die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw). Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklung der Auszahlungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt im Jahr 2014 7,5 % (ab 2015 7,75 %). Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen betrugen in 2014 TEUR 702.

Wenn ein Mitglied die kwv-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kwv-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2013 hätte die Ausgleichszahlung EUR 26,7 Mio betragen. Nach § 15a der Satzung der kwv-Zusatzversorgung entspricht dieser dem Barwert der zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bestehenden Verpflichtungen. Bei der Ermittlung des Barwerts ist als Rechnungszins eine Verzinsung in Höhe von 2,75 %, höchstens jedoch der in der Deckungsrückstellungsverordnung festgelegte Zinssatz zugrunde zu legen. Dieser betrug im Jahr 2014 1,75 % und beträgt derzeit 1,25 %. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2014 kann von der kwv-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2015 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für folgende Posten der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber einem Kreditinstitut	115.898

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (in TEUR)

	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
<u>Aktivposten</u>				
Forderungen an Kunden	-	-	170	171
<u>Passivposten</u>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	72	59	-	-

Fristengliederung (in TEUR)

	mit einer Restlaufzeit von					
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2015 fällig
<u>Aktivposten</u>						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	30.000		40.000	91.000		
4. Forderungen an Kunden	14.227	46.009	177.782	450.634	24.214	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						15.000
<u>Passivposten</u>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	27.019	16.927	168.967	134.059		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	144	2.424	2.630	74		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	46.800	43.195	8.351	48.424		

Von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV, anteilige Zinsen nicht in die Fristengliederung einzubeziehen, haben wir Gebrauch gemacht.

C. Sonstige Angaben

Konzernrechnungslegung

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, da das verbundene Unternehmen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist.

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiede, die zu aktiven latenten Steuern führen, sind bedingt durch die in den Forderungen an Kunden verrechneten Vorsorgereserven sowie den unterschiedlichen Parametern in den Rückstellungen für Pensionen und andere Verpflichtungen.

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 15,05 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragssteuersatz bei den übrigen Unterschieden 30,88 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken zurückzuführen.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 15,6 Mio in den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB ansparen; davon wurden im Jahr 2014 EUR 0,5 Mio dotiert (Gesamtbeitrag zum 31.12.2014: EUR 2,7 Mio). Nach Ablauf von 7 Jahren findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbands beträgt zum Bilanzstichtag 0,76 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbandes eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

	TEUR
Abschlussprüferleistungen	153
andere Bestätigungsleistungen	16
Gesamtbetrag	169

Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands

Die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands unterbleibt nach § 286 Abs. 4 HGB.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Bilanzprüfungsausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse einschließlich lediglich beratender Teilnehmer werden ein Sitzungsgeld von EUR 250 je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und – teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2014 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	TEUR	Name	TEUR
Azevedo, José	0,25	Krümpel, Mathias	0,50
Bolte, Elke	0,25	Lammers, Johannes	0,25
Bonk, Udo	0,25	Mollen, Udo	1,75
Dewenter, Horst	1,50	Niehoff, Jörg	1,00
Fühner, Dieter	1,00	Niemeyer, Jürgen	0,25
Grotke, Wilfried	2,00	Reiske, Michael	1,75
Gude, Jürgen	1,50	Roscher, Jürgen	2,75
Hachmann, Andree	2,50	Schievelkamp, Sonja	1,75
Holtel, Alfred	1,00	Thum, Günter	1,75
Kahle, Norbert	0,75	Willers, Paul	0,50
Konietzko, Dr. Manfred	1,25	Wilp, Josef	3,50
Kordfelder, Dr. Angelika	3,75	Gesamt	31,75

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 406 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betrugen am 31.12.2014 TEUR 5.191.

Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte ausschließlich Mitgliedern des Verwaltungsrats zum 31.12.2014 Kredite in Höhe von TEUR 2.040 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2014	2013
Vollzeitkräfte	131	131
Teilzeitkräfte	77	73
	208	204
Auszubildende	15	14
Insgesamt	223	218

Verwaltungsrat bis 05.09.2014

<u>Vorsitzendes Mitglied</u>		<u>Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds</u>	
Josef Wilp	Rektor a. D.	Günter Thum	Oberstleutnant a. D.
		Horst Dewenter	Technischer Lehrer a. D.
<u>Mitglieder</u>		<u>Stv. Mitglieder</u>	
José Azevedo	Softwareentwickler bei einem Telekommunikationsunternehmen	Jürgen Gude	Verwaltungsbeamter beim Landesbetrieb IT. NRW
Horst Dewenter	Technischer Lehrer a. D.	Dieter Fühner	Vorstand einer caritativen Einrichtung
Andree Hachmann	Selbstständiger Rechtsanwalt	Paul Jansen	Verwaltungsbeamter bei der GAB des Kreises Steinfurt
Alfred Holtel	Geschäftsstellenleiter bei der Arbeitsagentur a. D.	Jörg Niehoff	Angestellter Betriebswirt in der Wohnungswirtschaft
Udo Mollen	Referatsleiter beim Bildungswerk des Landessportbundes NRW	Falk Toczowski	Wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Landtagsabgeordneten
Michael Reiske	Sozialarbeiter	Jürgen Niemeyer	Angestellter bei einem Unternehmen für elektronische Verkaufsoptimierung
Jürgen Roscher	Kriminaldirektor, Land NRW	Günter Löcken	Bankkaufmann i. R.
Günter Thum	Oberstleutnant a. D.	Peggy Fehrmann	Kaufmännische Angestellte in der Energieversorgung
Paul Willers	Selbstständiger Unternehmer im Heizungs-, Klima- und Sanitärbereich	Udo Bonk	Stabshauptmann a. D.
<u>Mitarbeitervertreter</u>		<u>Stv. Mitarbeitervertreter</u>	
Wilfried Grotke	Sparkassenangestellter	Johannes Hennigfeld	Sparkassenangestellter
Sonja Schievelkamp	Sparkassenangestellte	Manfred Wessels	Sparkassenangestellter
<u>Beratende Teilnahme</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Dr. Angelika Kordfelder	Hauptamtliche Bürgermeisterin	Mathias Krümpel	Stadtkämmerer

Verwaltungsrat ab 05.09.2014

<u>Vorsitzendes Mitglied</u>		<u>Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds</u>	
Dr. Angelika Kordfelder	Hauptamtliche Bürgermeisterin	Andree Hachmann	Selbstständiger Rechtsanwalt
		Jürgen Roscher	Kriminaldirektor, Land NRW
<u>Mitglieder</u>		<u>Stv. Mitglieder</u>	
Dieter Fühner	Vorstand einer caritativen Einrichtung	Paul Willers	Selbstständiger Unternehmer im Heizungs-, Klima- und Sanitärbereich
Jürgen Gude	Verwaltungsbeamter beim Landesbetrieb IT. NRW	Markus Doerenkamp	Oberstleutnant a. D.
Andree Hachmann	Selbstständiger Rechtsanwalt	Paul Jansen	Verwaltungsbeamter bei der GAB des Kreises Steinfurt
Norbert Kahle	Angestellter in einem Unternehmen der Gebäudeautomation	Johannes Lammers	Fachstellenleiter bei einer Kommune
Dr. Manfred Konietzko	Vorstand eines Unternehmens der Tiefkühlbranche i. R.	Udo Bonk	Stabshauptmann a. D.
Udo Mollen	Referatsleiter beim Bildungswerk des Landessportbundes NRW	Elke Bolte	Verwaltungsangestellte bei einer Gewerkschaft
Jörg Niehoff	Angestellter Betriebswirt in der Wohnungswirtschaft	Stephan Huesmann	Angestellter bei einem Unternehmen der Umwelttechnik
Michael Reiske	Sozialarbeiter	Jürgen Niemeyer	Angestellter bei einem Unternehmen für elektronische Verkaufsoptimierung
Jürgen Roscher	Kriminaldirektor, Land NRW	Bernhard Kleene	Sozialversicherungsfachangestellter
<u>Mitarbeitervertreter</u>		<u>Stv. Mitarbeitervertreter</u>	
Wilfried Grotke	Sparkassenangestellter	Johannes Hennigfeld	Sparkassenangestellter
Sonja Schievelkamp	Sparkassenangestellte	Manfred Wessels	Sparkassenangestellter
<u>An den Sitzungen des Verwaltungsrates vertretungsweise teilnehmender Hauptverwaltungsbeamter</u>		<u>Vertreter im Amt</u>	
		Mathias Krümpel	Stadtkämmerer

Vorstand

Hans-Jörg Buschkühle Vorsitzender

Thomas Prochmann Mitglied

Rheine, 12. März 2015

Der Vorstand

Buschkühle
Sparkassendirektor

Prochmann
Sparkassendirektor

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtparkasse Rheine für das Geschäftsjahr vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 26.05.2015

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

- Prüfungsstelle -

Wagner
Wirtschaftsprüfer

Harmann
Wirtschaftsprüfer

Lagebericht 2014

A. Grundlagen der Stadtparkasse Rheine

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Steinfurt unter der Nummer A 3488 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Rheine. Satzungsgebiet der Sparkasse sind das Gebiet des Trägers, des Kreises Steinfurt sowie das Gebiet der angrenzenden Kreise.

Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Das aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bestehende überregionale Sicherungssystem stellt sicher, dass im Bedarfsfall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Forderungen der Kunden und auch das Institut selbst zu schützen.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen überprüft. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2014

Wirtschaftsentwicklung

Die Weltkonjunktur entwickelte sich im Jahr 2014 verhalten und blieb insgesamt hinter den Erwartungen zurück. Dabei waren die Unterschiede zwischen den fortgeschrittenen Volkswirtschaften groß. Während sich mehrere Industrieländer, allen voran die USA und Großbritannien, im Aufschwung befanden, war die wirtschaftliche Verfassung im Euroraum angespannt. In den Schwellenländern setzte sich der seit 2012 andauernde Abschwung weiter fort. Der sich abzeichnende Ausstieg der US-amerikanischen Notenbank aus der expansiven Geldpolitik löste in einigen Schwellenländern Kapitalabflüsse und starke Währungsabwertungen aus. Ein Entgegenwirken mittels Leitzinserhöhungen durch diese Zentralbanken stabilisierte zwar die Finanzmärkte, belastete jedoch gleichzeitig die Konjunktur. Einen Sonderfall unter den Schwellenländern stellt Russland dar. Der Konflikt mit der Ukraine und die in diesem Zusammenhang verhängten Wirtschaftssanktionen verursachten umfangreiche Kapitalabflüsse. Dies sowie der Einbruch des Rohölpreises führten zu einer starken Währungsabwertung und hoher Inflation.

Maßgeblich trug auch der Euroraum zur verhaltenen weltwirtschaftlichen Entwicklung bei. Die erwartete Stabilisierung des im Vorjahr verzeichneten Aufwärtstrends blieb aus. Zwar war im ersten Quartal eine leichte Expansion zu verzeichnen, im zweiten Quartal jedoch stagnierte die Wirtschaft. Neben der Schwäche Frankreichs und Italiens gingen auch von der deutschen Konjunktur negative Impulse aus. Einher mit der schwachen Konjunktur ging zum einen eine in vielen Ländern weiterhin hohe Arbeitslosigkeit. Zum anderen führte die Konjunktur in Verbindung mit niedrigen Preisen für Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel zu einer Verbraucherpreis-inflation von lediglich 0,3 %. Im Dezember sanken die Preise sogar um 0,2 %. Dies veranlasste die Europäische Zentralbank dazu, ihren expansiven geldpolitischen Kurs weiter zu forcieren. So startete ein Programm zum Ankauf von Pfandbriefen und besicherten Kreditpaketen (Asset Backed Securities) und weitere Maßnahmen im Bereich der quantitativen Lockerung wurden angekündigt. Darüber hinaus verlor die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte an Tempo. Zwar sank die Defizitquote von 3,7 % auf 3,0 %, doch die meisten öffentlichen Haushalte sind nicht ausgeglichen, sodass die Schuldenstandsquoten weiter steigen.

Die deutsche Wirtschaft ist zu Jahresbeginn aufgrund des milden Winters unerwartet stark gestiegen. Im zweiten Quartal ging die Produktion jedoch um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Ursächlich für die schwache Entwicklung waren unter anderem die stagnierenden Ausfuhren aufgrund der schwachen Wirtschaft wichtiger Handelspartner. Zudem trübten sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen aufgrund von Unsicherheiten im Hinblick auf den russisch-ukrainischen Konflikt sowie die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien und im Irak ein. Dies wirkte sich dämpfend auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen aus. Im Bereich der Bauinvestitionen jedoch war eine höhere Dynamik zu verzeichnen. Auch wurde die Konjunktur erneut durch den privaten Konsum gestützt. Ursächlich hierfür war unter anderem die robuste Lage am Arbeitsmarkt. Mit voraussichtlich 6,7 % liegt die Arbeitslosenquote geringfügig unter dem Wert des Vorjahres. Auch wirkten sich steigende Reallöhne aufgrund des niedrigen Preisauftriebs sowie günstige Kreditvergabekonditionen positiv aus. Insgesamt stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 moderat um 1,6 %.

In der Region war das Wirtschaftswachstum in 2014 insgesamt eher verhalten. Das Lageurteil der Unternehmen im Bezirk der IHK Nord Westfalen hatte sich im Spätsommer merklich gegenüber der Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2013/2014 eingetrübt, stabilisierte sich zum Jahresende jedoch mit 115 Punkten wieder geringfügig über dem langfristigen Mittelwert. Dämpfend wirkte insbesondere die Außenwirtschaft aufgrund der verhaltenen weltwirtschaftlichen Expansion, der Turbulenzen in Osteuropa und im Nahen Osten sowie der noch nicht überstandenen Euro-Schuldenkrise. Entsprechend war insbesondere die Investitionsnachfrage schwach und vor allem große, international tätige Unternehmen urteilten negativ. Die private Konsumnachfrage und der Wohnungsbau zeigten sich indes weiter aufwärtsgerichtet und führten zu einem deutlich positiveren Urteil bei kleineren Betrieben des Baugewerbes und der Dienstleistungsbranche. Zudem verbesserte sich die Arbeitslosenquote im Kreis Steinfurt geringfügig auf 4,8 % und liegt damit weiterhin unter dem bundesweiten Durchschnitt.

Zinsentwicklung

Die EZB verschärfte ihre Niedrigzinspolitik im abgelaufenen Jahr weiter. Anhaltend rückläufige Inflationsraten veranlassten die EZB zu zwei Zinsschritten im Juni und im September. Während der Leitzins nunmehr auf dem Rekordtief von 0,05 % liegt, weist der Einlagensatz mit -0,20 % erstmals sogar einen negativen Wert auf. Der Spitzenrefinanzierungssatz wurde insgesamt auf 0,30 % reduziert. Darüber hinaus wurden Maßnahmen im Bereich der quantitativen Lockerung angekündigt und zum Teil umgesetzt. Infolge der geldpolitischen Impulse war eine Entspannung an den Geld- und Kapitalmärkten zu verzeichnen. Die Geldmarktzinsen und die Zinsen für Staatsanleihen sanken. Gleichzeitig flachte die Zinsstrukturkurve weiter ab. Ferner engten sich Zinsdifferenzen zwischen Staatsanleihen höchster Bonität und niedrigster Bonität ein. An den Kreditmärkten kam es zu günstigeren Finanzierungsbedingungen, die Zinsen für Neukredite im Euroraum sind zuletzt gesunken.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2014

2.1. Rahmenwerk Basel III

Mit Wirkung zum 1. Januar 2014 trat das CRD IV-Paket zur Umsetzung des Rahmenwerkes Basel III in Kraft. Ziel der Vorschriften ist es, den gesamten Bankensektor zu stärken und Finanzkrisen vorzubeugen. Umfangreiche Änderungen betreffen insbesondere die quantitativen und qualitativen Eigenkapitalanforderungen. Außerdem soll durch die Berechnung und Beobachtung einer Verschuldungsquote (Leverage Ratio) die Verschuldung im Bankensystem beschränkt werden. Darüber hinaus sind erweiterte Vorschriften zur Liquiditätsausstattung, zum Risikomanagement und Regelungen zur Corporate Governance enthalten. Die Sparkasse hat die Vorgaben fristgerecht umgesetzt.

2.2. Verbraucherrechterichtlinie

Am 13. Juni 2014 traten die Vorschriften des Umsetzungsgesetzes zur Verbraucherrechterichtlinie in Kraft. Mit den dem Verbraucherschutz dienenden Regelungen werden die Richtlinien über Haustür- und über Fernabsatzgeschäfte zusammengeführt sowie das Widerrufsrecht neu gefasst. Außerdem sind allgemeine Regeln für alle Arten der Verbraucherverträge enthalten. Bei allen im Fernabsatz oder außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen mit Verbrauchern sind umfangreiche vorvertragliche Informationen auszuhandigen. Der Begriff der außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträge ist dabei deutlich weiter gefasst als der des Haustürgeschäfts. Zudem steht dem Kunden ein 14-tägiges Widerrufsrecht zu. Darüber hinaus sind Änderungen im Hinblick auf das Verfahren bei Entgeltänderungen enthalten. Die Sparkasse hat die umfangreichen Änderungen umgesetzt.

2.3. Novellierte Institutsvergütungsverordnung (IVV)

Am 1. Januar 2014 trat die überarbeitete Institutsvergütungsverordnung in Kraft. Diese legt Regelungen für die Angemessenheit von Vergütungssystemen fest. Die IVV konkretisiert den neu gefassten § 25a Abs. 5 KWG zum Verhältnis fixer und variabler Vergütungsbestandteile für Vorstand und Mitarbeiter. Dieses darf grundsätzlich 1:1 nicht übersteigen. Der Gesamtbetrag der außertariflichen variablen Vergütung ist zudem in einem formalisierten, transparenten und nachvollziehbaren Prozess festzulegen. Ein angemessenes Vergütungssystem für Vertriebsmitarbeiter im Sinne der IVV setzt darüber hinaus die Berücksichtigung qualitativer Komponenten voraus. Die Regelungen hat die Sparkasse umgesetzt.

2.4. Aktueller Stand der Europäischen Bankenunion

Am 4. November 2014 hat die EZB die direkte Aufsicht über die 120 größten Banken im Euroraum übernommen. Vorangegangen waren umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen. So wurden eine umfangreiche Bilanzprüfung und ein Stresstest in den direkt beaufsichtigten Instituten mit dem Ziel durchgeführt, die Bilanzen vor der Übernahme der Aufsicht zu bereinigen und das Vertrauen in den Bankensektor zu stärken. Alle betroffenen Institute der Sparkassen-Finanzgruppe haben sich als krisenfest erwiesen. Insgesamt haben 25 Institute - davon ein deutsches - den Test nicht bestanden.

Auch die Ausgestaltung des einheitlichen Abwicklungsmechanismus wurde vorangetrieben. Ein von den Kreditinstituten des Euroraums aufzufüllender Abwicklungsfonds soll nach der Haftung von Eigentümern und bestimmten Gläubigergruppen bei der Abwicklung systemrelevanter Institute oder systemrelevanter Teile von Kreditinstituten finanziell eintreten und damit Steuerzahler von EU-Ländern entlasten. Die zukünftig zu entrichtende Bankenabgabe wird sich aus einem Sockelbetrag und einem risikoadjustierten Betrag zusammensetzen. Von großer Bedeutung für die Sparkassen ist es, dass Erleichterungen bei der Beitragsbemessung für kleine Institute sowie eine beitragsmindernde Berücksichtigung der Mitgliedschaft in einem Institutssicherungssystem durchgesetzt werden konnten.

Am 2. Juli 2014 trat die europäische Einlagensicherungsrichtlinie in Kraft, die von den Mitgliedsländern innerhalb eines Jahres umzusetzen ist. Durch ein einheitliches Mindestsicherungsniveau für Einlagen und Standards für die Sicherungsfonds sollen die Einleger in Europa besser geschützt und das Risiko eines Entschädigungsfalls durch die Institute selbst getragen werden. Von besonderem Stellenwert für die Sparkassen-Finanzgruppe ist die Gleichstellung des Institutssicherungssystems als präventiv wirkendes und damit besonders effizientes System mit anderen Formen der Einlagensicherung. Damit kann die Institutssicherung - angepasst an den europäischen Rechtsrahmen - bestehen bleiben.

2.5. Internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung

Bereits im Jahr 2013 wurde ein von den USA erlassenes Gesetz (FATCA), das Finanzinstitute weltweit zu umfangreichen Identifikations- und Dokumentationsmaßnahmen verpflichten soll, durch ein zwischenstaatliches Abkommen mit den USA und zusätzliche Anpassungen nationaler Gesetze in deutsches Recht umgesetzt. Zuletzt trat die FATCA-USA-Umsetzungsverordnung im Sommer 2014 in Kraft. Zukünftig sind Konto- und Depotinhaber mit US-Steuerpflicht regelmäßig an das Bundeszentralamt der Steuern zur Weiterleitung an die US-amerikanische Finanzverwaltung zu melden. Im vergangenen Jahr waren erste Identifikations- und Dokumentationspflichten zu erfüllen.

Darüber hinaus haben am 29. Oktober 2014 die Vertreter von 51 Staaten und Gebieten - darunter alle EU-Staaten - eine multilaterale Vereinbarung (AEOI) auf der Grundlage der von der OECD entwickelten Standards für einen zwischenstaatlichen Informationsaustausch (CRS) unterzeichnet. Dieses verpflichtet die Staaten, ab dem Jahr 2017 (in Einzelfällen ab 2018) Finanzkonten von Steuerpflichtigen, die in einem anderen Staat steuerlich ansässig sind, an den betreffenden Staat zu übermitteln. Zuvor hatten die europäischen Finanzminister (ECOFIN) den CRS bereits in die EU-Amtshilferichtlinie aufgenommen. Die Richtlinie wurde an das CRS angepasst.

Das FATCA-Abkommen wird daneben weiterhin bestehen.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Stichtag 31. Dezember 2014 um 51,2 Mio. EUR bzw. 4,0 % auf 1.341,1 Mio. EUR. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 29,2 Mio. EUR oder 1,7 % auf 1.747,5 Mio. EUR.

3.2. Kreditgeschäft

Die Forderungen an Kunden stiegen gemessen an bilanziellen Werten um 1,4 % auf 713,0 Mio. EUR. Der Zuwachs wurde im Wesentlichen durch ein dynamisches Wachstum der Weiterleitungsdarlehen (+11,3 %) getrieben. Doch auch im Bereich der Wohnungsbaufinanzierungen war ein moderater Anstieg (+1,8 %) zu verzeichnen. Das auf Basis von Jahresdurchschnittsbeständen geplante Wachstum um 2,0 % wurde jedoch nicht ganz erreicht.

Bei Privatpersonen setzte sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. In diesem Umfeld gelang es, einen leichten Anstieg der Darlehen aus eigenen Mitteln zu generieren. Dagegen fiel das Wachstum im Bereich der Weiterleitungsdarlehen aufgrund der günstigen Finanzierungsbedingungen sowie infolge der weiterhin anhaltenden Nachfrage nach langfristigen Darlehen deutlich dynamischer aus. Das zugesagte Kreditvolumen an Privatpersonen weist einen Anstieg von 19,3 % auf 76,5 Mio. EUR auf. Im Geschäft mit unseren gewerblichen Kunden spiegelt sich die verhaltene Investitionsnachfrage sowie eine überwiegend entspannte Liquiditätsslage der Unternehmen wider. Kontokorrentkreditlinien wurden nur teilweise in Anspruch genommen. Es war ein Rückgang der Bestände zu verzeichnen. Auch die Darlehenszusagen verringerten sich merklich auf 43,8 Mio. EUR.

Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme verminderte sich auf 53,2 % (Vorjahr 54,5 %).

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 24,2 Mio. EUR auf 400,0 Mio. EUR. Ein deutlicher Anstieg der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere um 15,5 Mio. EUR resultiert zum einen aus der Wiederanlage von Ertragsgutschriften unseres Wertpapierspezialfonds. Außerdem wurde ein bereits im Portfolio befindlicher Immobilienfonds in Anbetracht der gegenwärtigen Kapitalmarkttrenditen sowie in Einklang mit den strategischen Grundsätzen für das Eigengeschäft aufgestockt. Ursächlich für das Wachstum der Eigenanlagen war auch ein moderates Wachstum im Bereich der Kundeneinlagen, dem keine entsprechende Nachfrage nach Krediten von Seiten der Kunden gegenüber stand. Es wurden daher Teile der zugeflossenen Einlagen in Form von Eigenanlagen angelegt.

3.4. Beteiligungen / Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31. Dezember 2014 von 14,1 Mio. EUR entfiel nahezu vollständig auf die Beteiligung am SVWL. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Mio. EUR resultiert aus einer Stammkapitalerhöhung des SVWL sowie einer Abschreibung auf die Verbandsbeteiligung. Im Zusammenhang mit der Rückzahlung einer begebenen Anleihe zum Erwerb von Aktien im Zuge der Kapitalerhöhung der WestLB AG im Jahr 2004 führte der Verband im September eine Kapitalerhöhung um 750 Mio. EUR durch. Der Anteil der Sparkasse Rheine belief sich auf 5,7 Mio. EUR. Darüber hinaus wurde aufgrund des Rückgangs der Werte der Beteiligungen des SVWL eine Abschreibung um 1,1 Mio. EUR vorgenommen.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind stichtagsbezogen moderat um 2,3 % bzw. 19,1 Mio. EUR gestiegen. Die Entwicklung der Jahresdurchschnittsbestände blieb dabei mit 2,8 % hinter dem geplanten Wachstum von 4,4 % zurück. Ursächlich dafür waren insbesondere unerwartet hohe Abflüsse zu Investitionszwecken im Segment der gewerblichen Kunden zu Jahresbeginn. Dies spiegelt sich im deutlichen Rückgang der Sichteinlagen gewerblicher Kunden wider. Hingegen übertreffen die Bestände der Sparkassenzertifikate und der kurzfristigen Anlageformen privater Kunden unsere Erwartungen.

Die von Kunden unterhaltenen Wertpapierbestände sind wertmäßig um 3,9 Mio. EUR oder 2,7 % gestiegen.

Aktuell verfügt die Sparkasse über einen bilanziellen Einlagenbestand in Höhe von 834,9 Mio. EUR. Der Bestand an Spareinlagen wies einen Anstieg um 24,1 Mio. EUR auf. Die Sichteinlagen sanken um 19,5 Mio. EUR auf 377,6 Mio. EUR. Die Termineinlagen und Sparkassenbriefe sind in Summe um 14,5 Mio. EUR gestiegen.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich insbesondere durch die Anlage freier liquider Mittel um 12,4 Mio. EUR oder 7,1 % auf 187,8 Mio. EUR. Neben bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven und kurzfristigen Geldanlagen wurden insbesondere die Schuldscheindarlehen stärker als zu Jahresbeginn geplant ausgeweitet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich stichtagsbezogen um 22,5 Mio. EUR auf 349,8 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich im Wesentlichen um langfristige Weiterleitungsdarlehen und Sparkassenbriefe.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Das Wertpapiergeschäft wurde im Jahr 2014 maßgeblich von der Beruhigung der Kapital- und Aktienmärkte geprägt. Der Absatzschwerpunkt lag im Jahr 2014 im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere. Aber auch Aktien bzw. aktienorientierte Anlagen gewannen langsam wieder an Beliebtheit. Der Trend der sinkenden Zinsen und Renditen und die damit verbundenen rückläufigen Vertriebsbonifikationen führten jedoch trotz steigender Depotvolumen zu Provisionsrückgängen.

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 943 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 33,2 Mio. EUR abgeschlossen. Mit diesem Vertriebsergebnis liegen wir deutlich über dem Niveau von 2013.

Der Absatz von Sach- und Lebensversicherungen konnte auch im Jahr 2014 weiter verstärkt werden.

Das Immobilienvermittlungsgeschäft wird seit Beginn des Jahres 2014 wieder als operatives Geschäftsfeld der Sparkasse betrieben, nachdem es in den Vorjahren in eine Tochtergesellschaft ausgliedert war. Das in diesem Bereich zu Jahresbeginn geplante Ergebnis konnte übertroffen werden.

Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich insgesamt im Rahmen der Erwartungen, wobei Zielverfehlungen in einzelnen Bereichen durch positive Zielabweichungen in anderen Sparten ausgeglichen wurden.

3.8. Investitionen

Im Jahr 2014 wurden Investitionen zur weiteren Verbesserung des Serviceangebots durch die Aktualisierung und Erweiterung der Selbstbedienungstechnik in der Hauptstelle sowie in verschiedenen Geschäftsstellen vorgenommen. Darüber hinaus bildete der Ausbau des Netzwerks einen Investitionsschwerpunkt.

3.9. Personalbericht

Im Jahr 2014 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt 223 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 218), davon 77 Teilzeitkräfte und 15 Auszubildende.

Um auch in den kommenden Jahren auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen zu können, legt die Sparkasse großen Wert auf die Ausbildung junger Menschen. Im vergangenen Jahr beendeten fünf und starteten sechs junge Menschen ihre Ausbildung bei der Stadtparkasse Rheine. Mit einer Ausbildungsquote von 6,7 % (Vorjahr 6,4 %) nimmt die Sparkasse ihre Verantwortung als wichtiger Ausbildungsbetrieb in der Region weiterhin wahr.

Auch im Jahr 2014 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen. So wurden 170 TEUR (Vorjahr 179 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben hausinternen Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz, der fachspezifischen Kompetenz sowie einer ziel- und leistungsorientierten Führungsarbeit. Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2014 konsequent verfolgt.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2013. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2014 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 54,9 Mio. EUR (Vorjahr 54,6 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine Vorsorge von 8,1 Mio. EUR auf 86,0 Mio. EUR erhöht. Es besteht eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der "Ersten Abwicklungsanstalt" von 25 Jahren trägt. Diese Vorsorge beträgt zum 31. Dezember 2014 2,7 Mio. EUR.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Gesamtsumme der Anrechnungsbeträge für Adressenausfall-, operationelle und Marktrisiken übertrifft am 31. Dezember 2014 mit 21,65 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR und den als Mindestgröße festgelegten Zielwert von 13,0 % deutlich. Die Sparkasse weist damit eine angemessene Kapitalbasis auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Die Liquiditätskennziffer (31.12.2014: 3,50) lag im Berichtsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,50. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Helaba wurden nicht in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Geldaufnahmen bzw. Geldanlagen bei anderen Kreditinstituten.

4.3. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2014	2013	Veränderung	Veränderung
	TEUR	TEUR	T EUR	%
Zinsüberschuss	29.427	27.704	+1.723	6,2
Provisionsüberschuss	5.443	5.204	+239	4,6
Sonstige betriebliche Erträge	564	605	-41	-6,8
Personalaufwand	13.457	11.861	+1.596	13,5
Anderer Verwaltungsaufwand	5.312	5.365	-53	-1,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.079	1.001	+78	7,8
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	15.586	15.286	+300	2,0
Aufwand / Vorjahr Ertrag aus Bewertung und Risikovorsorge	1.836	35.174	-37.010	--
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	8.050	44.816	-36.766	--
Ergebnis vor Steuern	5.700	5.644	+56	1,0
Steueraufwand	4.850	4.806	+44	0,9
Jahresüberschuss	849	838	+11	1,3

Zinsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 1 bis 4
Provisionsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 5 und 6
Sonstige betriebliche Erträge:	GuV-Posten Nr. 8
Sonstige betriebliche Aufwendungen:	GuV-Posten Nr. 11 und 12
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge:	GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Vor dem Hintergrund der beschriebenen allgemeinen Zinsentwicklung reduzierte sich sowohl die durchschnittliche Verzinsung der Aktiva als auch der Passiva. In Verbindung mit dieser Zinsentwicklung und den von unseren Kunden immer noch bevorzugten kurzfristigen Einlagen erhöhte sich der Zinsüberschuss um 6,2 % auf 29,4 Mio. EUR. Folglich weitete sich der Fristentransformationsbeitrag aus.

Der Provisionsüberschuss lag insbesondere aufgrund höherer Erträge aus dem Bauspar- und dem Immobilienvermittlungsgeschäft um 4,6 % über dem Vorjahreswert.

Die Personalaufwendungen stiegen im Wesentlichen durch Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sowie durch die Übernahme von Mitarbeiterinnen aus der Immobilien-Zentrum Rheine GmbH im Zuge der Wiedereingliederung des Immobilienvermittlungsgeschäftes in die Sparkasse erheblich an. Zusätzlich führten Tarifierhöhungen zu einer Erhöhung um insgesamt 13,5 %.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) wurden mit einem Aufwand in Höhe von 1,8 Mio. EUR ausgewiesen.

Der Jahresüberschuss konnte erneut um 1,3 % gesteigert werden und betrug 0,8 Mio. EUR. Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2014 0,1 %.

Zur Analyse der Ertragslage sowie als Grundlage für die jährliche Planung wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Die nachfolgenden Ausführungen zur Entwicklung der Ertragslage beziehen sich auf die Werte des Betriebsvergleichs.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 1,21 % (Vorjahr 1,14 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2014. Es lag damit deutlich über dem Planwert von 1,10 %. Im Vergleich mit den Sparkassen des SVWL wird ein überdurchschnittlicher Wert erzielt. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzte Zielgröße Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Vor dem Hintergrund der nachfolgend beschriebenen Entwicklung der Ertrags- und Aufwandspositionen verbesserte sich die CIR von 55,3 % auf 54,1 %. Das Unternehmensziel für 2014 von 58,1 % konnte deutlich unterschritten werden. Die Personalaufwandsquote beträgt 36,1 %. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 10,7 % über dem Zielwert von 8 %, jedoch unter dem Vorjahreswert von 18,4 %. Hier schlägt sich eine im Jahr 2013 vorgenommene Umwidmung von Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB zugunsten des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB nieder. Hieraus resultierte ein Anstieg des offen ausgewiesenen Kapitals um 34,4 Mio. EUR.

Im Geschäftsjahr erhöhte sich der Zinsüberschuss auf der Basis des Betriebsvergleichs um 6,0 % auf 28,9 Mio. EUR und entwickelte sich damit ebenfalls besser als erwartet. Belastungen bestanden im anhaltenden Wettbewerb im Einlagengeschäft. Die durchschnittlichen Aktiv- und Passivzinsen ermäßigten sich entsprechend der allgemeinen Zinsentwicklung. So konnten zinsbedingte Nachteile auf der Aktivseite durch die Reduzierung der durchschnittlichen Verzinsung der Passivseite aufgefangen werden.

Der Provisionsüberschuss ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Mio. EUR bzw. 3,8 % auf 5,4 Mio. EUR gestiegen. Maßgeblich hierfür war zum einen das Immobilienvermittlungsgeschäft, das seit Jahresbeginn wieder als operatives Geschäftsfeld der Sparkasse betrieben wird. Die daraus resultierenden Erträge überstiegen die Planwerte deutlich. Auch fielen die Erträge aus der Vermittlung von Bausparprodukten deutlich höher aus als zu Jahresbeginn erwartet. Der Trend der sinkenden Zinsen und Renditen führte jedoch zu rückläufigen Vertriebsbonifikationen im Kundenwertpapiergeschäft und damit trotz gesteigener Volumina zu sinkenden Erträgen. Der geplante Anstieg des Provisionsüberschusses um 0,3 Mio. EUR bzw. 4,9 % wurde insgesamt nicht ganz erreicht.

Des Weiteren ist der ordentliche Personalaufwand weniger stark als erwartet um 0,6 Mio. EUR auf 12,4 Mio. EUR gestiegen. Infolge der Übernahme von Mitarbeiterinnen aus der Immobilien-Zentrum Rheine GmbH sowie aufgrund der Belastung aus der Tarifierhöhung und der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen ergab sich erwartungsgemäß ein spürbarer Anstieg des Personalaufwands, doch fiel dieser insbesondere aufgrund von Entlastungen im Bereich der Altersteilzeitvereinbarungen geringer aus als in der Planung vom Jahresbeginn angenommen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen entsprechen mit 6,2 Mio. EUR dem Vorjahresniveau.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft weist einen Aufwand in Höhe von 1,2 Mio. EUR auf. Dagegen ergibt sich für das Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen ein Ertrag in Höhe von 1,0 Mio. EUR.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumpolitik des Instituts ist die Sparkasse Rheine mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2014 zufrieden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird die Geschäftsentwicklung als gut beurteilt.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikogesamtstrategie und den untergeordneten Teilrisikostراتيجien die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses vor dem Hintergrund der aktuellen Rahmenbedingungen überprüft. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse - Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiko - wurden die separaten Teilrisikostراتيجien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Die Limitauslastung wird regelmäßig durch das Risikomanagement überwacht und gegenüber dem Vorstand kommuniziert, sodass rechtzeitig - sofern erforderlich - entsprechende Handlungsmaßnahmen ergriffen werden können. Der Verwaltungsrat und der Risikoausschuss der Sparkasse nehmen die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wurde das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen wäre damit möglich.

Die Vorgaben von Basel III (u. a. Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung, die Liquiditätssteuerung und das Meldewesen) wurden fristgerecht umgesetzt.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff "Risiko" wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern der Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse Rheine hat die Risikocontrolling-Funktion dem Risikomanager, dem Leiter der Abteilung Unternehmenssteuerung, übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt. Sie hat in der Sparkasse Rheine insbesondere folgende Aufgaben:

- Unterstützung des Vorstandes in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken
- Koordination der laufenden Pflege und Aktualisierung des Risikohandbuchs
- Mitverantwortlichkeit und Unterstützung der Geschäftsleitung bei der Weiterentwicklung des Risikomanagementprozesses (Risikosteuerung und Risikocontrolling)
- Überprüfung der Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems
- Koordinierung der mindestens einmal jährlich stattfindenden Risikoinventur einschließlich der Überprüfung der Risikoerfassungsbögen auf Plausibilität und Konsistenz

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Der Leiter des Risikocontrollings muss den Vorstand hierüber unterrichten. Wechselt die Leitung der Risikocontrolling-Funktion, wird der Verwaltungsrat informiert.

Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich durch den Gesamtrisikobericht über die Einhaltung der Risikostrategie informiert. Ferner wird der Verwaltungsrat nach klar definierten Vorgaben ad hoc über Risikoereignisse von wesentlicher Bedeutung in Kenntnis gesetzt.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. Die Ermittlung der weiteren Risiken erfolgt zum Teil auf Basis von Schätzungen.

Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken grundsätzlich nach der handelsrechtlichen (GuV-orientierten) Sichtweise. In diesem Konzept werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt in der handelsrechtlichen Sichtweise ab Mitte des Jahres darüber hinaus auch eine Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr durch. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden mit Ausnahme vom Spezialfonds nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat bzw. dem Risikoausschuss der Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Gesamtrisikoberichts und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Gesamtrisikobericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation sowie der Limitauslastungen über ein Ampelsystem auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken, über die die Geschäftsleitung entscheidet. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse.

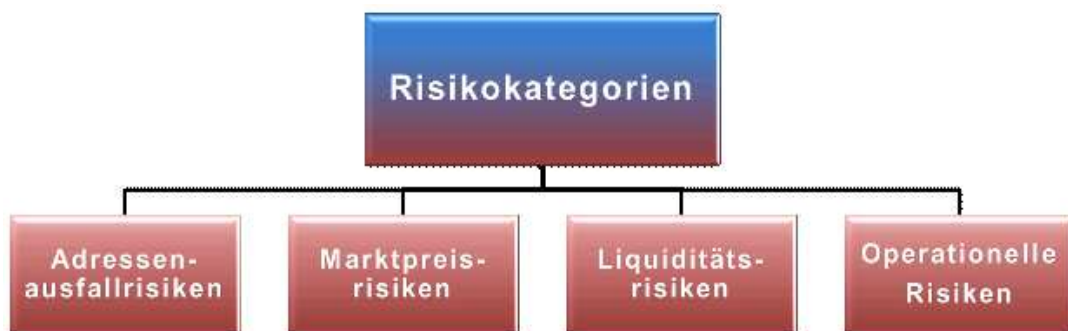
Die Berichterstattung über die wesentlichen Risikoarten wird durch eine Vielzahl regelmäßiger Berichte (täglich, wöchentlich, monatlich und quartalsweise) zeitnah und umfänglich sichergestellt. Zusätzlich sind Regeln für Ad-hoc-Berichterstattungen bei dem Eintritt von Risikoereignissen mit wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie und der Kreditrisikostrategie beschrieben.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Kreditrisikostrategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Für die Risikotragfähigkeitsberechnung werden die Adressenausfallrisiken wie folgt simuliert:

Erwarteter Verlust Kundenkredite:
Durchschnittliche Ausfallquote der letzten 10 Geschäftsjahre.

Unerwarteter Verlust (99 % Quantil) Kundenkredite:
Erwartungswert laut Simulation mit der Software „GuV Kreditrisikomodell“. Die vom Modell ermittelten Werte werden durch einen „systemischen Faktor“ erhöht.

Die bereitgestellten Limite wurden in 2014 nur teilweise belegt.

Das Kundenkreditgeschäft der Sparkasse wird in der folgenden Tabelle dargestellt:

Kreditgeschäft der Sparkasse	Buchwerte*	
	31.12.2014 TEUR	31.12.2013 TEUR
Kontokorrentkredite	16.384	20.759
Darunter:		
auf Geschäftsgirokonten	10.583	15.117
auf Privatgirokonten	5.801	5.642
auf Sonstige		
Darlehen aus eigenen Mitteln	579.184	576.814
Darunter:		
an Geschäftskunden	139.287	144.380
an Privatkunden	432.109	428.241
an Sonstige	4.529	825
angekaufte Forderungen	3.258	3.368
Weiterleitungsdarlehen	117.156	105.296
Sonstige Forderungen	312	437
Gesamt	713.036	703.306

Tabelle: Kreditgeschäft der Sparkasse

*nach Abzug von EWB, PWB und Vorsorgereserven, wobei der Abzug von PWB und Vorsorgereserven insgesamt in der größten Einzelposition erfolgt. (Darlehen an Privatkunden)

Die auf der nächsten Seite folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Offenlegungstichtag, aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten und verteilt auf geographische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten.

Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten nach Abzug der Risikovorsorge und vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Die Ermittlung der Zahlen wird gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	1.109.499
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	1.107.537
EU	798
Sonstige	1.164
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	197.410
Investmentfonds	--
Privatpersonen	15.024
Öffentliche Haushalte*	568.542
Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	322.973
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	20.543
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	21.011
- Verarbeitendes Gewerbe	42.465
- Baugewerbe	32.995
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	54.390
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	13.533
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2.513
- Grundstücks- und Wohnungswesen	78.735
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	56.788
Zwischensumme	322.973
Organisationen ohne Erwerbszweck	5.550
Sonstige	--
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	259.123
1 Jahr bis 5 Jahre	147.644
> 5 Jahre bis unbefristet	702.732
Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.	

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Kundenkreditgeschäfts¹.

Größenklasse	1	2	3	4
in Mio. €	bis 1,0	1,0 bis 3,0	3,0 bis 7,0	ab 7,0
Anzahl in %	99,4	0,4	0,1	0,1
Volumen in %	77,6	6,3	5,6	10,5

Die Kreditrisikostategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringen Ausfallwahrscheinlichkeiten². Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt.

Ratingklasse	Anzahl in %	Volumen in %
1 bis 9	87,1	88,6
10 bis 15 (C)	8,7	7,4
16 bis 18	2,0	1,8
Ohne Rating	2,2	2,2

Ein Schwerpunkt des Kreditgeschäfts sind Kredite und Darlehen, die mit Grundschulden abgesichert sind. Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Der Schwerpunkt bei der Branchengliederung liegt im Dienstleistungssektor, darunter insbesondere im Grundstücks- und Wohnungswesen. Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere betrug am 31. Dezember 2014 10,7 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGV validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der "erwartete Verlust" als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als durchschnittliche Ausfallquote der letzten zehn Geschäftsjahre bezogen auf die aktuelle Kreditinanspruchnahme berücksichtigt. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgendem Bereich: Bei den Kreditsicherheiten haben wir eine Konzentration im Bereich der Grundschulden an Objekten im Ausleihbezirk. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben. Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform.

Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert. Die Adressenausfallrisiken haben sich in 2014 nicht wesentlich verändert. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft wird nach einem Ertrag im Vorjahr in 2014 durch eine Zuführung zur Risikovorsorge belastet.

¹ Die Auswertung erfolgt auf Basis von Kreditnehmerverbänden ohne Kreditinstitute, eigene Wertpapiere und Beteiligungen.

² Die Auswertung erfolgt auf Basis von Einzelkreditnehmern. Die Ratingnoten basieren auf der DSGV-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzeichnen beginnen, setzen wir ein Frühwarnsystem auf Basis von OSPlus-Daten ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzepts betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2014 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Notleidende Kredite und überfällige Forderungen

Forderungen werden im Rahmen der CRR als „überfällig“ klassifiziert, wenn Verbindlichkeiten eines Schuldners mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage mit einem Betrag von mindestens 100 Euro überfällig sind oder die Grenze von 2,5 % des Gesamtobligos eines Kunden durchgehend überschritten wird. Dieser Verzug wird bei der Sparkasse nach Art. 178 CRR kreditnehmerbezogen ermittelt.

„Notleidende Kredite“ sind Forderungen, für die Maßnahmen der Risikovorsorge wie Wertberichtigungen oder Teilabschreibungen getroffen wurden bzw. die sich in Abwicklung befinden. Auch hier werden sämtliche Forderungen gegenüber einem Kunden einbezogen.

Ist diese Forderung sowohl notleidend als auch überfällig, so wird diese Forderung bei den notleidenden Krediten ausgewiesen.

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, der Anteil von überfälligen Forderungen (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von EWB entfallen nahezu ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht vor.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2014	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2014
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	5.330	2.133	896	612	5.955
Rückstellungen	--	--	--	--	--
PWB	397	--	24	--	373
Gesamt	5.727	2.133	920	612	6.328

In der nachfolgenden Tabelle stammen die Zahlen des Bruttokreditvolumens aus dem Meldewesen nach CRR mit den Werten zum Stichtag 31. Dezember 2014. Die Zahlen zu Einzelwertberichtigungen sind hingegen aus dem Jahresabschluss 2014.

	Gesamtbetrag notleidender Forderungen	Bestand EWB	Aufwen- dungen für EWB	Gesamtbetrag überfälliger Forderungen
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Hauptbranchen				
Banken	--	--	--	--
Investmentfonds	--	--	--	--
Öffentliche Haushalte	--	--	--	--
Privatpersonen	6.878	2.561	507	2.687
Unternehmen u. wirtschaftlich selbständige Privatpersonen	4.739	3.394	730	1.405
davon:				
<i>Land- und Forstwirtschaft, Fi- scherei und Aquakultur</i>	32	32	-1	74
<i>Energie- und Wasserversor- gung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</i>	--	--	--	--
<i>Verarbeitendes Gewerbe</i>	470	395	-27	240
<i>Baugewerbe</i>	287	233	-6	67
<i>Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahr- zeugen</i>	589	302	-433	303
<i>Verkehr und Lagerei, Nachrich- tenübermittlung</i>	23	23	-2	--
<i>Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen</i>	12	12	-4	--
<i>Grundstücks- und Wohnungs- wesen</i>	788	477	-57	139
<i>Sonstiges Dienstleistungs- gewerbe</i>	2.538	1.920	1.260	582
Organisationen ohne Er- werbszweck	--	--	--	--
Sonstige	--	--	--	--
Geografische Hauptgebiete				
Deutschland	11.617	5.955	1.242	4.081
EU	--	--	-5	11
Sonstige	--	--	--	--
Gesamt	11.617	5.955	1.237	4.092

Eine Aufgliederung der Direktabschreibungen nach Branchen erfolgte aufgrund ihrer geringen Höhe von 69 TEUR nicht. Rückstellungen für Ausfallrisiken haben wir wie im Vorjahr nicht im Bestand. Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 62 TEUR. Die Pauschalwertberichtigungen auf Kundenforderungen berechnen sich auf 373 TEUR, hier wurden im laufenden Jahr 24 TEUR aufgelöst.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Die Beteiligungen der Sparkassen - sowohl direkte als auch indirekte Beteiligungen - wurden im Wesentlichen aufgrund langfristiger strategischer Überlegungen eingegangen, um den Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe zu stärken. Sie dienen letztendlich der Erfüllung des öffentlichen Auftrags durch den Gesetzgeber sowie der Förderung des Sparkassenwesens.

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung des Unternehmenswertes. Für die Beteiligungen besteht eine eigenständige Strategie. Für die Sparkasse Rheine ist das Beteiligungsgeschäft grundsätzlich kein aktives Geschäftsfeld. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatten wir keine börsennotierten Beteiligungen im Bestand. In der Bilanz weisen wir einen Gesamtwert von 14,1 Mio. EUR aus. Die einzige wesentliche Beteiligung der Sparkasse ist die Beteiligung am Sparkassenverband Westfalen-Lippe mit einem Buchwert von 14,1 Mio. EUR. Die anderen Beteiligungen sind von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Zum 31. Dezember 2014 erfolgte infolge zurückgegangener Unternehmenswerte einzelner Beteiligungen des SVWL eine weitere Abschreibung auf die Verbandsbeteiligung in Höhe von 1,1 Mio. EUR. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio "Erste Abwicklungsanstalt" (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden und stellt dazu Teile ihres Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage ein.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

In unserer Risikomessung und -steuerung für unerwartete Risiken berücksichtigen wir Beteiligungsrisiken auf Basis des höchsten negativen Bewertungsaufwands der letzten zehn Jahre.

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder dem Ausfall eines Emittenten oder Kontrahenten. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Für die Risikotragfähigkeitsberechnung werden die Adressenausfallrisiken wie folgt simuliert:

Erwarteter Verlust Eigenanlagen:

Erwartungswert laut Simulation mit der Software „GuV Kreditrisikomodell“ bezogen auf die Eigenanlagen, denen wir prinzipiell ein Adressenausfallrisiko beimessen (50 % Quantil).

Unerwarteter Verlust Eigenanlagen (99 % Quantil):

Erwartungswert laut Simulation mit der Software „GuV Kreditrisikomodell“. Die vom Modell ermittelten Werte werden durch einen „systemischen Faktor“ erhöht. Einbezogen werden nur diejenigen Eigenanlagen, denen wir prinzipiell ein Adressenausfallrisiko beimessen.

Die bereitgestellten Limite wurden 2014 nur teilweise belegt. Verluste/Ausfälle waren in 2014 nicht zu verzeichnen.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt im Wesentlichen auf Schuldverschreibungen und Anleihen (241,6 Mio. EUR), den Wertpapierspezialfonds (134,7 Mio. EUR) sowie Immobilienfonds (23,8 Mio. EUR). Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen vollständig ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf. Für die im Wertpapier-Spezialfonds gehaltenen Anlagen bestehen Anlagerichtlinien, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf folgende geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Für die Zuordnung der Spezial- und Publikumsfonds zu den geografischen Hauptgebieten wird auf das Sitzland der Kapitalanlagegesellschaft abgestellt. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der CRR. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der CRR (gegliedert nach Forderungsarten) vorgenommen.

Wertpapiere	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	399.857
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	374.247
EU	25.610
Sonstige	--
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	205.388
Investmentfonds	158.461
Privatpersonen	--
Öffentliche Haushalte*	36.008
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	--
Organisationen ohne Erwerbszweck	--
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	15.509
1 Jahr bis 5 Jahre	98.464
> 5 Jahre bis unbefristet	285.884
Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.	

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten sowie für Kontrahenten begrenzt. Das Limitsystem dient u. a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten von Moody's zugrunde gelegt. Falls einzelne Papiere über kein Rating von Moody's verfügen, werden grundsätzlich die Ratings anderer Ratinggesellschaften herangezogen (S&P, Fitch).

Die von der Sparkasse direkt angelegten und die im Wertpapierspezialfonds gehaltenen verzinslichen Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Moody's	Standard & Poor's	auf Basis Tageswerte	
			31.12.2014 in %	31.12.2013 in %
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	7,3	10,5
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	6,3	6,0
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	54,1	47,1
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	32,3	36,4
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0,0	0,0
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 - B3	B+ - B-	0,0	0,0
ohne Rating			0,0	0,0
			100,0	100,0

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Forderungen an Landesbanken, die zum Jahresende rund 302,8 Mio. EUR ergaben. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie unsere Beteiligungen, von denen 99,9 % auf Gesellschaften der Sparkassenorganisation entfallen.

Länderrisiko	Länderrating		auf Basis Tageswerte	
	Moody's	Standard & Poor's	31.12.2014 in %	31.12.2013 in %
inländische Emittenten			61,5	64,5
ausländische Emittenten				
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	6,5	11,5
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	15,6	11,4
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	0,4	0,3
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	15,8	11,3
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0,0	0,8
Ohne Rating			0,2	0,2
			100,0	100,0

Zum 31. Dezember 2014 beträgt der Kurswert unserer Finanzanlagen in Staatsanleihen der PIIGS-Staaten insgesamt 37,7 Mio. EUR. Davon entfallen auf Italien 28,1 Mio. EUR und auf Spanien 9,6 Mio. EUR. Darüber hinaus werden Anleihen von Kreditinstituten/Unternehmen aus Italien, Spanien und Irland mit einem Kurswert von 28,4 Mio. EUR gehalten.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang und die guten Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland im Investment Grade ist das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Marktpreisrisikostategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2013 Mio. EUR
1) Tages- und Termingelder	55,5	73,5
2) Namenspfandbriefe / Schuldscheindarlehen	132,3	101,9
3) Schuldverschreibungen und Anleihen	241,6	232,8
4) Wertpapier-Spezialfonds	134,7	129,4
5) Sonstige Investmentfonds	23,8	13,5
	587,9	551,1

In der Eigengeschäftsstrategie hat der Vorstand die grundlegende Anlagestrategie festgelegt.

Zur Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Risikocontrolling seit Dezember 2014 das System SimCorp Dimension eingesetzt.

Die Ermittlung der Marktpreisrisiken der bewertungsrelevanten Handelsgeschäfte (Position 3 bis 5) erfolgt anhand von Overnight- und Value-at-Risk-Szenarien. Im Zuge des durchgeführten Systemwechsels wurden auch die den Value-at-Risk-Szenarien zugrunde liegenden Parameter angepasst. Berücksichtigt wird eine fest vorgegebene Haltedauer von 63 Tagen. Die Risiken werden mit einer 99 %igen Eintrittswahrscheinlichkeit berechnet. Die historische Simulation stützt sich auf jeweils 500 Handelstage. Darüber hinaus wird eine laufend aktualisierte Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt. Durch die Vorgabe verschiedener Parameter ist es auch in einer Phase nicht funktionierender Märkte möglich, realistische Kurse zu ermitteln. Der Risikoermittlung liegt eine historische Simulation zugrunde, die es erlaubt, den Wert des Portfolios mit unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeiten zu berechnen.

Zum Stichtag beträgt der VaR 9,8 Mio. EUR. Der Wert ist aufgrund methodischer Unterschiede des neu eingeführten Systems sowie veränderter Parameter nur eingeschränkt mit den Angaben des Vorjahres vergleichbar. Die angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Funktionstrennung zum Handel findet strenge Beachtung. Es wird täglich geprüft, ob sich die Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen Limite bewegen. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarngrenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Der Gesamtvorstand wird wöchentlich, ab 75 % täglich, über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Der Überwachungsvorstand unterrichtet den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limite.

5.3.3. Derivative Adressenausfallrisikopositionen

Voraussetzung für das Eingehen von derivativen Adressenausfallrisikopositionen ist die Einräumung entsprechender Limite im Rahmen der für vergleichbare Geschäfte des Anlagebuchs bestehenden Kreditgenehmigungsverfahren. Die Risikobewertung und -überwachung erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie bei den übrigen Geschäften des Anlagebuchs. Die Limithöhe richtet sich neben dem Rating nach weiteren, bonitäts-charakterisierenden Merkmalen. Bei der Limitanrechnung orientiert sich die Sparkasse an den Regelungen der CRR. Für die Bilanzierung und Bewertung der derivativen Finanzinstrumente gelten die allgemeinen Grundsätze des HGB.

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 bestanden keine Gegenparteiausfallrisiken.

Das Kontrahentenrisiko ist die Gefahr, dass bei Ausfall des Kontrahenten neben den möglicherweise noch ausstehenden Zinszahlungen ein Wiedereindeckungsrisiko entsteht. Ein Wiedereindeckungsrisiko besteht darin, dass durch Veränderung der Marktpreise gegenüber dem ursprünglichen Abschluss höhere oder niedrigere Zinsen für die Festzinsseite zu zahlen sind.

5.3.4. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktien wurden in 2014 nicht gehalten.

5.3.5. Währungsrisiken

Die Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit unseren Kunden entstehen, werden 1:1 über Micro-Hedges glattgestellt. Durch diese Vorgehensweise entstehen für die Sparkasse keine offenen Devisenpositionen. Der Umfang der Devisengeschäfte ist geringfügig.

Die Währungsrisiken sind hinsichtlich ihrer GuV-Wirkung grundsätzlich von untergeordneter Bedeutung. Bemerkenswerte Konzentrationen sind nicht erkennbar.

Von den Kunden hereingenommene Sichteinlagen in Fremdwährungen werden währungs- und laufzeitkongruent angelegt.

Von den Eigenmittelanforderungen für Marktpreisrisikopositionen (CRR) ist für die Sparkasse Rheine, die aufsichtsrechtlich als Nichthandelsbuchinstitut gilt, nur der Bereich der Währungsgesamtposition relevant. Für die Bestände in Fremdwährungen ist aufgrund des in Artikel 351 CRR festgelegten Schwellenwertes keine Unterlegung mit Eigenmitteln notwendig.

Für regulatorische Zwecke werden derzeit keine eigenen internen Risikomodelle verwandt.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf periodenorientierter Basis. Ziel der Zinsrisikosteuerung ist es, die Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen.

Die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung resultieren aus unterschiedlichen Beständen an festverzinslichen Aktiva und Passiva sowie unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiv- und Passivposten, sodass sich bei Marktzinsveränderungen z.B. der Zinsaufwand stärker erhöhen kann als der Zinsertrag. Es werden unterschiedliche Zinsentwicklungsszenarien simuliert. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen einer handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die Berechnungen zum Zinsspannenrisiko sind Gegenstand des vierteljährlichen Risikogesamtberichts.

Die handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden mittels einer quartalsweisen Simulationsrechnung unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien einander gegenübergestellt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuchs ein. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten grundsätzlich auch Forward-Vereinbarungen eingesetzt.

Die sich aus der Zinsspannensimulation ergebenden Abweichungen haben sich durchgängig innerhalb der vorgegebenen Limite bewegt.

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 9. November 2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31. Dezember 2014 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. -200 Basispunkte errechnet.

Die Auswirkungen vorzeitiger Kreditrückzahlungen sowie das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen werden ab dem 31. Dezember 2014 unter Berücksichtigung impliziter Optionen berechnet.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 Bp)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
TEUR	-19.177	18.153

Die Verminderung des Barwerts gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug 14,5 % und lag damit unterhalb der Schwelle von 20 % (Institute mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko).

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2014 innerhalb der vorgegebenen Limite.

Vor dem Hintergrund der angemessenen Kapitalausstattung sowie des geplanten Betriebsergebnisses vor Bewertung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit halten wir die Auswirkungen des Zinsänderungsrisikos auf die künftige Ertragslage für gut beherrschbar.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktiliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und werden die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst. Zur täglichen Liquiditätsüberwachung wird ein Liquiditätsfrühindikator eingesetzt, der kurzfristige Geldaufnahmen dem Dispositionsspielraum im Bundesbankpfanddepot gegenüberstellt.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 3,50 und 5,23. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen für Kreditinstitute ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Voraussichtlich ab dem 1. Oktober 2015 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Nettomittelabfluss unter Stress zu 60 % abdecken, ab 2016 zu 70 % und 2017 zu 80 %. Ab 2018 gilt die LCR vollumfänglich, die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Im laufenden Jahr hat die Sparkasse bereits zu jedem Meldestichtag die geforderte Mindestquote von 100 % übertroffen. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase.

Die vierte MaRisk-Novelle forderte von Kreditinstituten die Einführung eines Liquiditätskostenverrechnungssystems. Ein Institut muss u. a. in der Lage sein, entstehende Liquiditätskosten und -nutzen zu quantifizieren. Die Aufsicht erwartet, dass die Liquiditätsbeiträge nicht nur ermittelt, sondern auch der Preis für die Liquiditätsbindung separat ausgewiesen und in der Deckungsbeitragsrechnung berücksichtigt wird. Die Sparkasse Rheine hat im Jahr 2014 ein "einfaches Kostenverrechnungssystem" (BTR 3.1 TZ 5, Erläuterung) implementiert.

Die Vorgaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken hat der Vorstand in einer Teilrisikostategie und internen Organisationsrichtlinien festgelegt. Über einen "Internen Liquiditätsgrundsatz" wird die derzeitige Zahlungsbereitschaft sichergestellt. In die tägliche Berechnung des internen Liquiditätsgrundsatzes fließen ausgewählte Zahlungsmittel ein. Ihr Fokus liegt auf Zahlungsmitteln, die über eine hohe (Markt-)Liquidität verfügen. Bei der Disposition werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Tages- und Termingeldeinlagen sowie der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Darüber hinaus bestehen zur Abdeckung eines kurzfristig auftretenden Liquiditätsbedarfs umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank und anderen Kreditinstituten. Zu diesem Zweck führt die Sparkasse eine interne Liquiditätsliste.

Bei der Disposition der Eigenanlagen werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse berücksichtigen. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Geldanlagen bei Kreditinstituten sowie auf die Liquidierbarkeit der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Des Weiteren bestehen umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Auch unter Stressbedingungen ist das Liquiditätsrisiko für die Sparkasse gut beherrschbar.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Die Bestimmung der regulatorischen Eigenmittel für operationelle Risiken basiert auf dem Basisindikatoransatz gem. Artikel 315 und 316 CRR und beläuft sich zum Berichtsstichtag auf 4,7 Mio. EUR.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert.

Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen.

Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unerwarteten Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Der Vorstand wird vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk Ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit von 0,3 Mio. EUR wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2014 eingehalten. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die zur Deckung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorhandenen Eigenmittel übertreffen die Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 21,65%. Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen. Die Planung erfolgt nach Jahresdurchschnittswerten auf der Grundlage des Betriebsvergleichs des Monats Dezember 2014. Entsprechend liegen auch den nachfolgenden Ausführungen die Werte des Betriebsvergleichs zu Grunde.

7.1. Geschäftsentwicklung

Die weltweite konjunkturelle Entwicklung ist im vergangenen Jahr hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Daran hatte der Euroraum aufgrund des Ausbleibens der für das Frühjahr erwarteten Erholung erheblichen Anteil. So stand die Wirtschaft des Euroraums weiterhin im Zeichen der Krise und die Stimmung bei Verbrauchern und Unternehmen trübte sich ein. Zur Überwindung der Krise liegt es insbesondere in der Verantwortung der Mitgliedsländer, Maßnahmen zur Bereinigung der nationalen Bankensektoren, zur Konsolidierung und zur Umsetzung erforderlicher Strukturreformen zu ergreifen. Die hier erzielten Erfolge variieren in den einzelnen Ländern stark. Einem deutlichen Wirtschaftswachstum stehen außerdem die Konsolidierungsbemühungen sowie die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit entgegen. Positive Impulse sind dagegen von den sich allmählich wieder verbessernden Finanzierungsbedingungen an den Kreditmärkten zu erwarten. Im Zusammenhang mit lange Zeit aufgeschobenen Ersatzinvestitionen dürfte dies die Investitionstätigkeit in der Währungsunion wieder anregen. Zudem wird auch aufgrund eines leichten Anstiegs der Beschäftigung und einer moderaten Belebung des Welthandels ein geringfügiger Anstieg des Bruttoinlandsprodukts prognostiziert.

In Deutschland stellt sich die Arbeitsmarktlage weiterhin robust dar und die real verfügbaren Einkommen steigen infolge steigender Tarifröhne und Transferzahlungen. Dies dürfte sich positiv auf den privaten Konsum auswirken. Im Zusammenspiel mit leicht steigenden Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sind weiterhin positive Impulse insbesondere von der Binnenkonjunktur zu erwarten. Einem dynamischen Wachstum dürften jedoch die zahlreichen Risiken entgegenstehen. So stellt sich die wirtschaftliche und politische Lage im Euroraum weiterhin schwierig dar. Auch der Konflikt in der Ukraine verursacht Unsicherheit. Der Sachverständigenrat für Wirtschaft prognostiziert einen Anstieg des preisbereinigten Inlandsprodukts um 1,0 %.

Die Geschäftsaussichten der Unternehmen in der Region haben sich laut Konjunkturmfrage der IHK Nord Westfalen zum Jahresende insgesamt leicht verbessert. Günstiger stellen sich vor allem die Aussichten mittelständischer Unternehmen dar. Die Erwartungen der Großunternehmen sind dagegen seit dem Spätsommer kontinuierlich abwärtsgerichtet. Aufgrund starker Vorleistungsverflechtungen in den Mittelstand hat dies jedoch starken Einfluss auf die wirtschaftliche Lage der gesamten Region. Risiken werden insbesondere im Außenhandel gesehen. Maßgeblich sind auch hier vor allem die über den Globus verteilten sehr zahlreichen Krisenherde. Darüber hinaus ergeben sich Risiken vor allem im Hinblick auf den Fachkräftemangel, die Wechselkurse und die Wirtschaftspolitik.

Vor diesem Hintergrund werden die Investitionen auch im kommenden Jahr nicht wesentlich ansteigen. Während sich in der Industrie positive und negative Planungen die Waage halten, ist im Dienstleistungsbereich eher mit steigenden Investitionen zu rechnen.

Die EZB wird die ultra-expansive Geldpolitik im Jahr 2015 aller Voraussicht nach fortsetzen. Maßnahmen der quantitativen Lockerung werden zu einer deutlichen Ausweitung der Überschussreserven der Banken und damit zu einer Zunahme des Abwertungsdrucks der Geldmarktsätze führen. Im Bereich längerer Laufzeiten wirken gegenläufige Effekte. Einerseits dürfte die EZB auch Bundesanleihen und Papiere anderer Kernländer ankaufen. Andererseits können die unkonventionellen Maßnahmen die Erwartung langfristig steigender Inflationsraten auslösen. Unsere Planung für das kommende Jahr basiert vor diesem Hintergrund auf einem unverändert niedrigen Zinsniveau.

Aufgrund der erwarteten Entwicklungen rechnen wir für 2015 mit einem Anstieg im Kundenkreditgeschäft um 2,1 %. Der Anteil der bilanziellen Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme wird sich nicht wesentlich verändern. Im gewerblichen Kreditgeschäft zeichnet sich aktuell ein leichter Rückgang der Bestände um -1,0 % ab. Im Kreditgeschäft mit Privatkunden gehen wir von einem Anstieg um 2,7 % für 2015 aus. Maßgeblich wird hier das langfristige Kreditgeschäft insbesondere im privaten Wohnungsbau sein. Hier werden weiterhin die Weiterleitungsdarlehen eine wichtige Rolle spielen, sodass wir in diesem Bereich eine überproportional positive Entwicklung erwarten.

Im Einlagengeschäft ist weiterhin insbesondere im Privatkundensegment eine kurzfristige Orientierung festzustellen. In Anbetracht der hohen Volatilität der Sichteinlagen und vor dem Hintergrund des für längere Zeit erwarteten niedrigen Zinsniveaus streben wir eine Umschichtung von Teilen der kurzfristigen in längerfristige Anlageformen an. Darüber hinaus erscheint uns unter der Annahme einer gleichbleibenden Ersparnisbildung ein Wachstum der Kundeneinlagen um 2,8 % realistisch. Unsere Ziele möchten wir durch eine an den Kundenbedürfnissen ausgerichtete ganzheitliche Beratung sowie ein umfassendes Produktangebot und die fortwährende Marktbeobachtung erreichen.

Bei der Durchschnittsbilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das kommende Jahr einen Anstieg auf ca. 1.336,9 Mio. EUR.

Im Dienstleistungsgeschäft sehen wir insbesondere in den Bereichen der Immobilienvermittlung sowie des Kundenwertpapiergeschäfts Ertragschancen. Hier sollen die Vermittlungserlöse deutlich gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Im Geschäft mit der Vermittlung von Versicherungen und Bausparprodukten möchten wir an die Vermittlungserfolge aus 2014 anknüpfen und haben die Ziele jeweils moderat erhöht. Unter Einbeziehung geringerer Erlöse im Zahlungsverkehr erwarten wir insgesamt einen leichten Anstieg des Provisionsergebnisses.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im weiteren Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können. Die nervöse Reaktion der Finanzmärkte auf die Verschuldungssituation einiger Euro-Mitgliedsländer und die möglichen Konsequenzen des dortigen Engagements deutscher Banken zeigen, dass sich die Situation im Finanzsektor trotz der Rettungspakete der EU weiterhin nicht stabilisiert hat.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet verlaufenden Konjunktur aufgrund einer schnellen Erholung von der EU-Staatenfinanzkrise. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses und somit auch zu einem höheren Betriebsergebnis vor Bewertung führen. Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftserholung dürfte sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft daraufhin leicht verringern, während auf der anderen Seite das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2015 sind höhere Investitionen geplant als im Vorjahr. Die aus technischen und organisatorischen Gründen erforderlichen Ersatzinvestitionen werden berücksichtigt. Die Finanzierung des Wachstums im Kreditgeschäft erfolgt über die Kundeneinlagen. Sollten darüber hinaus weitere Mittel erforderlich sein, so stehen in ausreichendem Umfang eigene Wertpapiere für einen Aktivtausch zur Verfügung. Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennziffer durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,5 % und somit auch über dem aufsichtsrechtlich geforderten Mindestwert von 1,0 % liegen.

7.3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt maßgeblich beeinflusst. Zum Jahresende verläuft die Zinsstrukturkurve eher flach und auf weiterhin sehr niedrigem Niveau. Wie in der sogenannten „Forward Guidance“ erklärt, beabsichtigt die EZB für längere Zeit an der Niedrigzinspolitik festzuhalten. Es ist daher auch für das Jahr 2015 von einem ausgesprochen niedrigen Zinsniveau auszugehen. In unserer Planung nehmen wir ein weitgehend konstantes Zinsniveau an. Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Aus den vorgenannten Effekten resultiert in Verbindung mit dem erwarteten mäßigen Wachstum im Kredit- und Einlagenbereich für das kommende Jahr per Saldo voraussichtlich eine Reduzierung des Zinsüberschusses um 1,0 Mio. EUR auf 27,9 Mio. EUR auf Basis von Betriebsvergleichszahlen. Auch schlagen sich sogenannte Ablaufeffekte aus der Fälligkeit von Eigenanlagen und der Wiederanlage zu niedrigeren Zinssätzen negativ nieder.

Im Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem leichten Anstieg aus. Die Entgelte aus dem Zahlungsverkehr werden sich verringern. Im Wertpapiergeschäft erwarten wir dagegen vor dem Hintergrund der aktuellen Zinslandschaft und dem anhaltend niedrigen Zinsniveau weitere Impulse speziell für den Vertrieb von Investmentfonds. Auch möchten wir an die positive Entwicklung des Immobilienvermittlungsgeschäfts anknüpfen. Dank eines umfangreicheren und breiteren Angebots sehen wir eine verbesserte Präsenz sowie eine positive Wahrnehmung am Markt. Diese möchten wir nutzen und Ertragschancen ausschöpfen. Im Geschäft mit der Vermittlung von Versicherungen und Bausparverträgen sehen wir ebenfalls Marktpotenziale, die wir durch einen ganzheitlichen Betreuungsansatz und hohe Beratungsqualität ausschöpfen möchten.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden voraussichtlich um 1,4 Mio. EUR auf 20,1 Mio. EUR im Jahr 2015 steigen. Insbesondere eine Tariflohnsteigerung, zusätzliche Aufwendungen für erfolgte Neueinstellungen, Rückkehrer und Aufstockungen sowie für die Übernahme von Auszubildenden werden zu einem Anstieg des Personalaufwands um 1,1 Mio. EUR auf 13,5 Mio. EUR führen. Der Sachaufwand wird sich gegenüber dem Vorjahr moderat erhöhen. Mehraufwendungen ergeben sich vornehmlich im Bereich der EDV-Ausstattung. Auf Basis des Sparkassen-Betriebsvergleichs planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2015 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 1,0 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 1,3 Mrd. EUR.

Vor dem Hintergrund der erwarteten weiteren konjunkturellen Stabilisierung im Euroraum und der moderat positiven Erwartungen für die deutsche Wirtschaft gehen wir bei einem unverändert niedrigen Zinsniveau von einem leicht positiven Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft aus. Hinsichtlich der Planung des Bewertungsergebnisses für das Kreditgeschäft berücksichtigen wir eine als gleitender 10-Jahresdurchschnitt ermittelte Ausfallrate. Demnach gehen wir von einem Bewertungsbedarf in Höhe von -1,4 Mio. EUR aus. Besondere Risiken werden nicht erwartet. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber. Mittels aktiven Kreditrisikomanagements sind wir bestrebt, erkannte Risiken zu mindern und neue Risiken zu vermeiden.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die "Erste Abwicklungsanstalt" in den nächsten Jahren mit durchschnittlich 0,6 Mio. EUR pro Jahr belastet.

Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen) können sich Belastungen auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Die Sparkasse richtet sich an den in der „Geschäftsstrategie der Sparkassen“ des DSGV definierten Zielgrößen (u.a. Cost-Income-Ratio) aus. Für 2015 erwarten wir bei der CIR aufgrund der beschriebenen Entwicklung der Aufwands- und Ertragsgrößen ein Verhältnis von 60,0 %. Das strategische Ziel von max. 60 % würde damit weiterhin eingehalten. Bei der Personalaufwandsquote gehen wir von einem Wert von rund 40 % aus. Bezüglich der Eigenkapitalrentabilität erwarten wir einen Wert von 9 %.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden. Die intern festgelegte Gesamtkapitalquote in Höhe von 13,0 %, die über dem aktuell vorgeschriebenen Mindestwert nach der CRR von 8,0 % liegt, wird auch künftig überschritten. Dies bietet eine hinreichende Grundlage für künftiges qualifiziertes Kreditgeschäft.